



igmetall.de

Infos und Hintergründe
zur Bundestagswahl 2017

Politik für alle – sicher,
gerecht und selbstbestimmt



S. 2 Parteien im Check: Was Beschäftigte
wollen – was die Parteien versprechen.

S. 2 IG Metall: Warum sie sich in die Politik
einmischt.

S. 4 Die Liste der Grausamkeiten:
Die Arbeitgeber-Pläne nach der Wahl.

Wer wählt, entscheidet mit **WER NICHT WÄHLT, WIRD TROTZDEM REGIERT!**



Am 24. September wird gewählt – und diesmal steht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel auf dem Spiel: die Zukunft der Rente, der Wert der eigenen Arbeit, Gerechtigkeit und berufliche Perspektiven. Für die IG Metall ist klar: Wir brauchen eine Arbeitswelt, die sicherer, gerechter und selbstbestimmter ist als heute. Das ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung.

ECHTE LÖSUNGEN STATT ALTER LEIER

Viele Wirtschaftsvertreter wollen das verhindern. Sie nutzen die Digitalisierung als Ausrede, um ihre uralten Forderungen aufzuwärmen: Sozialstandards senken, Arbeitnehmerrechte abbauen, die Mitbestimmung aufweichen. Zu ihrem Sprachrohr macht sich erneut die FDP. Und dann gibt es noch diejenigen, die nichts als Scheinlösungen bieten, Ängste schüren und auf Spaltung statt auf Zusammenhalt in der Gesellschaft setzen. Die AfD verbindet beides: neoliberale Grundsätze und eine Politik der Ausgrenzung und des Fremdenhasses. Wir brauchen dagegen im nächsten Bundestag Mehrheiten, denen die Bedürfnisse der Beschäftigten wirklich wichtig sind.

WÄHLEN GEHEN UND DRUCK MACHEN

Dafür müssen wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sorgen: indem wir genau hinschauen, mit den Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien reden und dann am 24. September mitentscheiden. Und indem wir nach der

Wahl gemeinsam Druck machen für einen Koalitionsvertrag, der die Interessen der Beschäftigten ernst nimmt.

HARTNÄCKIGKEIT ZAHLT SICH AUS

Die letzte Bundesregierung hat nicht alle unsere Forderungen erfüllt. Aber sie hat den Mindestlohn eingeführt, die Rente ab 63 umgesetzt und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zumindest eingedämmt. Ohne den Druck der Gewerkschaften wäre das undenkbar gewesen. Und längst nicht jede

Regierungskonstellation wäre diese Projekte überhaupt angegangen. Das zeigt: Wählen wirkt und Hartnäckigkeit zahlt sich aus.

NICHT WÄHLEN IST KEINE LÖSUNG

Keine Partei wird die Vorstellungen jeder und jedes Einzelnen zu 100 Prozent widerspiegeln. Wahlverzicht ist dennoch die schlechteste Wahl. Er stärkt nur diejenigen, die gegen unsere Interessen und Ideale handeln. Darum gilt: Wer nicht wählt, bestraft damit keine Parteien oder Politikerinnen bzw. Politiker – sondern nur sich selbst. Nur wer wählt, bestimmt mit. Wer aber nicht mitentscheidet, überlässt seine Zukunft den anderen.



**SCHREIB
DEINEN
KANDIDATEN!**

www.kandidatencheck.de

ÜBERPARTEILICH, ABER PARTEIISCH

Darum mischt sich die IG Metall in die Politik ein

Mehr als 2,2 Millionen Mitglieder, über 130.000 aktive Betriebsräte und Vertrauensleute in mehr als 10.000 Betrieben – sie alle machen die IG Metall zu dem, was sie ist: eine starke, schlagkräftige Gemeinschaft. Tausende Kolleginnen und Kollegen setzen sich jeden Tag für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ein. Mit Erfolg. Aber diese werden nicht nur in den Betrieben ausgehandelt und durchgesetzt. Den Rahmen dafür – von Bildung bis Rente – setzt die Politik. Deshalb mischt sich die IG Metall auch dort ein. Denn wir sind die Expertin in Sachen Arbeit.

Wir suchen das Gespräch mit Parteien sowie Politikerinnen und Politikern. Wir erinnern sie an ihre Versprechen, machen öffentlich Druck: für sichere und gute Arbeit, für selbstbestimmtere Arbeitszeiten, für mehr Gerechtigkeit durch Tarifverträge und mehr soziale Sicherheit.

Wir sind klar parteiisch für die Interessen der Beschäftigten. Aber wir sind überparteilich. Darum gibt die IG Metall keine Wahlempfehlung. Aber wir sagen „Stopp!“ bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Parteien wie die AfD sind für uns nicht wählbar: Ihre

Programmatik ist von Abgrenzung durchzogen. Rassistischen sowie rechtsradikalen Äußerungen ihrer Kandidatinnen und Kandidaten widerspricht sie nicht. Entscheide bei der Bundestagswahl mit: für mehr Sicherheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung!



Jörg Hofmann
Erster Vorsitzender der IG Metall

PARTEIEN IM CHECK

Was die Beschäftigten fordern – und was die Parteien versprechen

Um eine Partei richtig einschätzen zu können, kommt es auf das Gesamtbild an: Wie handelt die Partei im politischen Alltag? Wie treten ihre Funktionäre und Kandidaten auf? Wichtig sind auch die Wahlprogramme: Sie geben Hinweise darauf, wie ernst die Parteien die Anliegen der Beschäftigten nehmen.

Mit der Befragung von 681.000 Beschäftigten in rund 7.000 Betrieben hat die IG Metall herausgefunden,

was ihnen wichtig ist. Das haben wir mit den Kernaussagen in den Wahlprogrammen der Parteien verglichen und in dieser knappen Übersicht zusammengefasst. Sie enthält alle Parteien mit einer Perspektive auf Einzug in den Bundestag – unabhängig davon, ob wir ihre politische Agenda als vereinbar mit unseren gewerkschaftlichen Werten von Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität sehen.

IG METALL	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Sicher in die Arbeitswelt der Zukunft: Erhalt und Ausbau der Qualifikation müssen bei Arbeitslosigkeit Vorrang vor schneller Vermittlung haben.	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Anstrengungen im Bereich Bildung, Qualifizierung, Weiterbildung. • Verbesserung der Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration von Langzeitarbeitslosen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Umbau der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung mit berufsbegleitender Qualifizierung. • Einführung von „Arbeitslosengeld Qualifizierung“. • Einführung eines Chancenkontos zur Finanzierung von Weiterbildung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Umbau der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung mit berufsbegleitender Qualifizierung. • BildungsZeit Plus: Mix aus Darlehen und Zuschuss zur Weiterbildung.
Mitbestimmung bei Weiterbildung und Personalentwicklung im Betrieb.	<ul style="list-style-type: none"> • „Nationale Weiterbildungsstrategie“, u. a. gemeinsam mit Gewerkschaften, aber keine Aussagen zu betrieblicher Mitbestimmung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Initiativrecht für Betriebsräte bei Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Mitbestimmungsrechte, aber keine konkreten Aussagen zu Weiterbildung und Personalentwicklung.
Vermittlung Arbeitsloser in gute Arbeit statt in Leiharbeits- und Befristungsketten. Wirksame Mitbestimmung der Betriebsräte gegen den Missbrauch von Werkverträgen.	<ul style="list-style-type: none"> • Abstellen „offenkundiger Missbräuche“ bei befristeter Beschäftigung, aber keine Aussagen zu betrieblicher Mitbestimmung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Fremdbeschäftigung (Werkverträge und Leiharbeit). • Für Abschaffung sachgrundloser Befristung. • Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen. • Gleicher Lohn für Leihbeschäftigte vom ersten Tag an. 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung sachgrundloser Befristungen. • Gegen zweifelhafte Werkverträge. • Gleicher Lohn für Leihbeschäftigte vom ersten Tag an plus Flexibilitätsprämie.
Gerecht mit Tarif: Mitbestimmung bei Fremdvergabe und Fortgeltung von Tarifverträgen bei Ausgliederung.	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Tarifbindung, indem „zusätzliche Flexibilität, Spielräume und Experimentierräume“ für tarifgebundene bzw. tarifenwendende Unternehmen gewährt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Tarifbindung. • Für Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Tarifbindung, aber keine Aussage zur Fortgeltung von Tarifverträgen bei Ausgliederungen.
Selbstbestimmte Arbeitszeiten für alle! Schutz vor Überlastung.	<ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Flexibilität bei Arbeitszeit für tarifgebundene bzw. tarifenwendende Unternehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Für ein Wahlarbeitszeitgesetz. • Wahlmöglichkeiten bei Arbeitszeit und Arbeitsort. • Recht auf Nichterreichbarkeit. 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung flexibler Vollzeit von 30 bis 40 Stunden pro Woche. • Schutz vor Entgrenzung der Arbeit.
Anspruch auf Arbeitszeitreduzierung (befristet nach Lebenslagen) und Entgeltausgleich bei Auszeiten wegen Kindern, Pflege und Bildung.	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfauftrag über Familien- und Lebensarbeitszeitkonten zur Schaffung von mehr Spielraum für Familienzeit. • Modernisierung des Arbeitszeitrechts. Ziel: Schaffung zusätzlicher Spielräume für Tarifpartner. • Anspruch auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe. 	<ul style="list-style-type: none"> • Für Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. • Für Entgeltausgleich bei Arbeitszeitreduzierung für Erziehung und Pflege. 	<ul style="list-style-type: none"> • Für Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. • Entgeltaufstockung für Qualifizierungs-, Pflege- und Familienzeiten.
Rückkehr zur Beitragsparität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).	<ul style="list-style-type: none"> • Fehlanzeige. 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückkehr zur Beitragsparität. • Abschaffung der Zusatzbeiträge in der GKV. 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückkehr zur Beitragsparität. • Abschaffung der Zusatzbeiträge in der GKV.
Verlässliche soziale Sicherung: Erhöhung des Rentenniveaus.	<ul style="list-style-type: none"> • Gegen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 (Ausnahme: Verbesserung der Erwerbsminderungsrente). • Erarbeitung von Vorschlägen für die Zeit nach 2030 durch eine Rentenkommission aus Politik und Tarifpartnern. 	<ul style="list-style-type: none"> • Stabiles Rentenniveau bei mind. 48 Prozent bis 2030. • Beitragsstabilisierung bei 22 Prozent bis 2030. • Solidarrente 10 Prozent über Grundsicherung (ab 35 Jahren Beitrags- bzw. Erziehungs-/Pflegezeit). • Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters. • Einführung einer Erwerbstätigenversicherung für alle. 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus. • Für steuerfinanzierte Garantierente. • Ziel: Bürgerversicherung für die Rente. • Teilrente ab 60 Jahren zur Förderung der Altersteilzeit.
Ergebnis IG Metall-Check	Weiterbildung, Rückkehrrecht, kein Missbrauch von Befristungen: Vieles im Programm von CDU/CSU klingt gut, doch die konkreten Vorschläge sind vage. Fehlanzeige bei höherem Rentenniveau und Rückkehr zur Parität – und das Arbeitszeitgesetz will die Union aufweichen.	Die SPD setzt sich für mehr soziale Gerechtigkeit und den Ausbau von Infrastrukturinvestitionen ein. Zahlreiche Forderungen, wie etwa in der Arbeitsmarktpolitik stärker auf Qualifizierung zu setzen, greifen unsere Anliegen auf.	Bei der Arbeitszeit oder einer Arbeitsmarktpolitik, die stärker auf Qualifizierung setzt, liegen die Grünen dicht an den Positionen der IG Metall. Mit Leidenschaft kämpfen sie für ihre Kernthemen Klima- und Umweltschutz – da gibt es Konflikte.

OB DEIN WEG IN DIE ZUKUNFT ODER IN DIE SACKGASSE FÜHRT, ENTSCHIEDEST DU MIT.



Zukunft braucht Sicherheit. 89 Prozent der Beschäftigten sagen: Weg mit befristeten Verträgen ohne Grund, Minijobs und ausbeuterischer Soloselbstständigkeit!

93 Prozent fordern eine gute Bildungspolitik für alle. Elternhaus oder Geschlecht dürfen keine Rolle mehr spielen. Konkret brauchen wir ein Recht auf betriebliche Fortbildung.

OB NACH DER ARBEIT DAS VERGNÜGEN ODER DAS BEGNÜGEN KOMMT, ENTSCHIEDEST DU MIT.



Nicht das Renteneintrittsalter, sondern das Rentenniveau muss wieder steigen! 85 Prozent der Beschäftigten sind für eine Stabilisierung des Niveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung und auch bereit, dafür höhere Beiträge zu zahlen. Und 93 Prozent der Beschäftigten sagen: Her mit dem Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente!

OB DU NACH TARIF ODER WILLKÜR BEZAHLT WIRST, ENTSCHIEDEST DU MIT.



Gerechtigkeit geht nur über Tarifverträge. Sie sorgen für faire Entgelte und gute Arbeitsbedingungen. 92 Prozent der Beschäftigten fordern ein Verbot von Tariffucht durch die Abspaltung von Betriebsteilen.

Fakt ist: In Betrieben ohne Tarifbindung verdienen Frauen deutlich weniger. 91 Prozent fordern: Gleiches Geld für gleiche Arbeit unabhängig vom Geschlecht!

OB DEIN FEIERABEND AUCH EIN FREIER ABEND IST, ENTSCHIEDEST DU MIT.



Wir brauchen Arbeitszeiten, die Arbeit und Leben vereinbar machen. 92 Prozent der Beschäftigten – Frauen wie Männer – verlangen deshalb verlässliche Ganztagsbetreuung. Und einen Feierabend, der diesen Namen verdient: 96 Prozent fordern von der Politik ein Recht auf Abschalten (Ruhezeit) im Arbeitszeitgesetz. Arbeit rund um die Uhr darf nicht Alltag werden.

DIE LINKE.

Freie Demokraten FDP

Alternative für Deutschland



FRAG DEINE KANDIDATEN!

Du willst genauer wissen, wie die Kandidatinnen und Kandidaten aus Deinem Wahlkreis über diese Themen denken? Dann nutze den Kandidatencheck der IG Metall! Das neue Angebot zur Bundestagswahl hilft Dir, den Bewerberinnen und Bewerbern einfach und ganz persönlich auf den Zahn zu fühlen und zu erfahren, wie sie sich nach der Wahl für Beschäftigte einsetzen wollen. Stell die Fragen, die Dir wichtig sind – ganz unkompliziert und direkt:



[KANDIDATENCHECK.DE](https://www.kandidatencheck.de)

- Gegen den Zwang zur Aufnahme einer bestimmten Erwerbsarbeit: Arbeitsangebote müssen Qualifikation und Weiterbildungsinteressen berücksichtigen.
- Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I.

- Recht auf unternehmensfinanzierte Weiterbildung (Fonds).
- Ausbau der Mitbestimmungs- und Vetorechte bei Personalplanung und Arbeitszeiten.

- Abschaffung sachgrundloser Befristungen.
- Verbot von Kettenbefristungen.
- Leiharbeit und Werkverträge nur nach Zustimmung des Betriebsrats und bei Einhaltung von Tarifverträgen.
- Gleicher Lohn für Leihbeschäftigte vom ersten Tag an plus Flexibilitätszulage von 10 Prozent.

- Stärkung der Tarifbindung.
- Unbefristete Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerungen, auch für Neueingestellte.

- Stärkere Kontrolle von Überstunden und Arbeitszeitgesetz durch Betriebsräte.
- Gesetzliche Wochenhöchstleistungszeit von 40 Stunden.
- Recht auf Nichterreichbarkeit.

- Für Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.
- Auszeiten-Regelungen (Sabbatical).
- Arbeitszeitverkürzung (auf ca. 30 Stunden pro Woche) bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Entgeltausgleich von mind. 70 Prozent bei Arbeitszeitreduzierung während einer Weiterbildung.

- Rückkehr zur Beitragsparität.
- Abschaffung der Zusatzbeiträge in der GKV.

- Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent.
- Für „Solidarische Mindestrente“ in Höhe von 1.050 Euro.
- Rente ab 65 oder nach mind. 40 Beitragsjahren ab 60.
- Einführung einer Erwerbstätigenversicherung für alle.

- Verteidigung des flexiblen Arbeitsmarkts.
- Weiterbildung stärken.

- Fehlanzeige.

- Keine Einschränkungen bei Leiharbeit und Befristungen, stattdessen Abbau von Regulierungen.

- Fehlanzeige.

- Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes: Abschaffung von täglicher Höchstleistungszeit und Ruhezeiten in nicht sicherheitsrelevanten Bereichen.

- Kein Entgeltausgleich bei Arbeitszeitreduzierung.
- Gegen Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.
- Förderung von Langzeitarbeitskonten.

- Umbau der GKV zu einer „freiheitlichen“ GKV.
- Stärkung der privaten Krankenversicherung.
- Keine Rückkehr zur Beitragsparität.

- Für ein Rentenniveau, das sich an der Lebenserwartung der jeweiligen Generation orientiert.
- Flexibilisierung beim Renteneintrittsalter. Rente ab 60 möglich (wenn Ansprüche über Grundsicherungsniveau).

- Fehlanzeige.

- Fehlanzeige.

- Gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent der Beschäftigten im Betrieb in Leih- und Werkverträgen sowie Gleichbehandlung nach sechs Monaten.

- Fehlanzeige.

- Fehlanzeige.

- Fehlanzeige.

- Rückkehr zur Beitragsparität.

- Fehlanzeige bei Aussage zu Rentenniveau.
- Für Rente nach 45 Beitragsjahren.
- Für Grundsicherung im Alter (Höhe unklar).

Die Linke fordert einen Ausbau des Sozialstaats und mehr Gerechtigkeit in der Steuerpolitik. Ihre Positionen beim Rentenniveau sowie für einen deutlich höheren Mindestlohn gehen über die Forderungen der IG Metall sogar hinaus.

Bei der FDP gibt es alten Wein in neuen Schläuchen. Sie setzt auf Bildung, damit jeder Einzelne für sich Verantwortung übernehmen kann. Flexibilität bedeutet Flexibilität für Arbeitgeber. Kollektive Schutzvorschriften will sie zurückdrängen.

Bei nahezu allen Beschäftigten-Themen herrscht bei der AfD Fehlanzeige. Die Kandidatinnen und Kandidaten der aus Wirtschaftsvertretern entstandenen Partei zeichnen sich durch Abgrenzung und Rassismus statt Solidarität aus.

OHNE UNS BEWEGT SICH NICHTS!

Wie die Gewerkschaften Politik und Gesetzgebung geprägt haben

Gute und sichere Arbeit kommt nicht von allein. Vieles, was heute selbstverständlich erscheint und sogar Gesetz ist, haben zunächst die Gewerkschaften mühsam durchgesetzt. Eine Auswahl:

1950 Kündigungsschutz

Die Gewerkschaften setzen gegen den massiven Widerstand der Arbeitgeber und des Bundesarbeitsministeriums den gesetzlichen Kündigungsschutz durch.

1956 Achtstundentag

Die IG Metall vereinbart mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche. Heute ist sie Gesetz: In der Regel darf an Werktagen eine Arbeitszeit von acht Stunden nicht überschritten werden.

1963 Urlaubsanspruch

Das Bundesurlaubsgesetz tritt in Kraft und damit der gesetzliche Anspruch auf einen Mindesturlaub von drei Wochen (heute beträgt er vier Wochen). Vorher hatten die Gewerkschaften tarifliche Regelungen für bezahlten Urlaub durchgesetzt (heute tariflich bis zu sechs Wochen).

1970 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Das „Lohnfortzahlungsgesetz“ tritt in Kraft. Tariflich hatte die IG Metall die finanzielle Absicherung von Arbeiterinnen und Arbeitern im Krankheitsfall bereits 1956 durchgesetzt – mit dem längsten Streik ihrer Geschichte.

2015 Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn startet mit 8,50 Euro (heute 8,84 Euro). Dafür haben die Gewerkschaften rund zehn Jahre gekämpft.

2017 ...

Auch für die Zukunft gilt: Für fortschrittliche Gesetze braucht es starke Gewerkschaften. Und stark sind Gewerkschaften dann, wenn sie viele Mitglieder haben.

AUF DICH KOMMT ES AN!

Was Du jetzt tun kannst:

1. **Informiere Dich:** igmetall.de/wahl2017
2. **Werde aktiv:** Fühle Deinen Kandidatinnen und Kandidaten auf den Zahn unter www.kandidatencheck.de
3. **Geh wählen und nimm andere mit:** ab 3. September per Briefwahl oder am 24. September in Deinem Wahllokal.
4. **Werde Mitglied und lade andere ein!**

DIE LISTE DER GRAUSAMKEITEN

Was Arbeitgeber nach der Wahl durchsetzen wollen.

Die Arbeitgeberverbände und ihre Propagandaorganisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) haben ein klares Ziel: Die nächste Bundesregierung soll wichtige soziale Fortschritte zurückdrehen. Die Liste der Grausamkeiten:

Renteneintritt – Arbeiten bis 85

Das Renteneintrittsalter soll an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Heißt konkret: „Wenn Menschen eines Tages 100 werden, würde sich rein theoretisch ein Renteneintrittsalter von 85 Jahren ergeben“, so Ulrich Grillo, Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Dabei gilt schon heute: Wer alt ist, kann häufig nicht mehr arbeiten.

Rentenhöhe – weiter auf Sinkflug

Das Rentenniveau soll in jedem Fall weiter sinken, fordern die Arbeitgeber. „Die gesetzliche Rente allein wird nicht mehr genügen, um den gewohnten Lebensstandard im Alter zu halten“, gibt die INSM offen zu. Die Altersvorsorge soll immer stärker zum



Aktion von jungen und älteren IG Metall-Mitgliedern für eine solidarische Rente vor der INSM in Berlin.

Privatisierung der Beschäftigten werden. Den Rentensinkflug zu stoppen, lehnen die Arbeitgeber ab.

Arbeitszeiten – Ruhepausen abschaffen

„Die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf maximal zehn Stunden ist nicht mehr zeitgemäß“, behauptet Bertram Brossardt von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Auch die Mindestruhezeit von elf Stunden soll fallen.

Diese Grausamkeiten müssen wir verhindern, indem wir als Beschäftigte und Gewerkschaften gemeinsam Druck machen.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Mitgliedsnummer

(wird von der IG Metall eingetragen)

Weitere Informationen unter www.igmetall.de/beitreten



Name* _____ Vorname* _____ Geburtsdatum* _____ Geschlecht* M=männlich W=weiblich

Land* _____ PLZ* _____ Ort* _____ Telefon dienstlich privat _____ Tag _____ Monat _____ Jahr _____ Staatsangehörigkeit* _____

Straße* _____ Hausnr.* _____ E-Mail dienstlich privat _____

beschäftigt bei Betrieb/PLZ/Ort _____

Vollzeit Teilzeit Beruf/Tätigkeit/ Studium/Ausbildung _____

Befristung _____

Ausbildung/vergleichbare Einrichtung ab _____ bis _____

duales Studium Studium Wie heißt die Hochschule? _____

Leiharbeit/Werkvertrag Wie heißt der Einsatzbetrieb? _____

Solo-Selbstständige/r

angesprochen durch (Name, Vorname) _____ Mitgliedsnummer Werber/in _____

SEPA-Basislastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften)
Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71ZZ0000053593
Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer

Ich ermächtige die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes zur vereinbarten Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Bankverbindung Bank/Zweigstelle _____ BIC _____ Beitrag ** _____

IBAN _____

Kontoinhaber/in _____ Ort / Datum / Unterschrift für den Bankeinzug _____

Bruttoeinkommen* _____ Ort / Datum / Unterschrift für den Beitritt* _____

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-vertrauensleuten, der IG Metall-Geschäftsstelle oder schicken an: IG Metall Vorstand, FB Mitglieder und Erschließung, 60519 Frankfurt am Main

*Pflichtfelder bitte ausfüllen
** wird von der IG Metall ausgefüllt

Beitrittserklärung ausfüllen, abtrennen und im Umschlag abschicken an:

IG Metall-Vorstand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Oder ganz einfach online Mitglied werden:
igmetall.de/beitreten